

03.07.2018

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Nordrhein-Westfalen in Europa III: Grenzüberschreitende Mobilität ausbauen

I. Ausgangslage

Mehr als 6 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen leben entlang der fast 500 Kilometer langen gemeinsamen Grenze zu den Niederlanden und Belgien. Die Menschen und Unternehmen in der Grenzregion profitieren besonders von Europas offenen Binnengrenzen. Grenzüberschreitende Mobilität hat für sie, auch im Alltag, eine besondere Bedeutung.

Die NRW-Koalition versteht die Grenzlage als gemeinsame Chance und will die weiteren Potenziale nutzen, die durch die Nähe zu den Niederlanden und Belgien bestehen. Daher wollen wir bestehende Defizite auf infrastruktureller, wirtschaftlicher und politischer Ebene abbauen. Hierbei sind Mobilität von Personen, Waren und Dienstleistungen in den Blick zu nehmen.

Europaweit pendeln mittlerweile knapp 2 Millionen Menschen täglich über die Grenze, um in einem Nachbarstaat zu arbeiten. Mehr als 45.000 Menschen aus Nordrhein-Westfalen arbeiten in den Niederlanden, Belgien oder Luxemburg. Nordrhein-Westfalen profitiert als Ziel-, Quell- und Transitland mitten im Herzen Europas besonders von der engen Verbindung zu seinen Nachbarn.

Weil die Mobilität über die Grenze hinweg so enorm wichtig ist, müssen u.a. der grenzüberschreitende öffentliche Personennahverkehr sowie die wirtschaftlichen und logistischen Verflechtungen intensiviert werden. Dazu können auf regionalen und lokalen Ebenen wichtige Beiträge geleistet werden.

Personenverkehr

In den vergangenen Jahren wurden signifikante Verbesserungen im europäischen Hochgeschwindigkeitsverkehr zwischen dem Rheinland und Brüssel, Paris sowie Amsterdam erreicht. Beim grenzüberschreitenden ÖPNV bestehen dagegen weiterhin Verbesserungspotentiale, weil die Schienennetze der angrenzenden Länder schwächer verknüpft sind.

Datum des Originals: 03.07.2018/Ausgegeben: 03.07.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die Zukunft eines mobilen gemeinsamen Europa beinhaltet die Umsetzung grenzüberschreitender Mobilitätsprojekte und Fahrkarten sowie eine Vereinheitlichung des Ticketsystems im öffentlichen Personennahverkehr. Hier besteht Ausbaubedarf: die unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen in den Ländern sind bislang jeweils nur national ausgerichtet.

Das grenzüberschreitende Liniennetz ist sehr grobmaschig, Fahrzeiten für (potentielle) Grenzgänger sind (zu) lang und Arbeitsorte sind nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Um Wachstumspotentiale und Chancen der Grenzregion zu nutzen, gilt es, diese Hemmnisse abzubauen. Weitere Faktoren kommen hinzu, so z.B. die Nichterstattung der Fahrtkosten für Arbeitnehmer und Praktikanten oder die fehlende Möglichkeit, die niederländische OV-Chipkaart (eine Karte für den elektronischen Zahlungsverkehr und die Regelung der Zugangsberechtigung für den ÖPNV) in Deutschland zu nutzen.

Örtliche Initiativen setzen Kleinbusse oder Leasingautos ein, um die Erreichbarkeit von Arbeits- und Praktikumsplätzen im Grenzgebiet zu verbessern. Das kann jedoch nur eine Zwischenlösung sein. Um die Arbeitsmobilität weiter voranzubringen, sind strukturell verankerte Lösungen notwendig.

Güterverkehr

Aufgrund des engen Austauschs, der starken wirtschaftlichen Beziehungen und der wachsenden Güterverkehre sind leistungsfähige Hinterlandanbindungen zu den Überseehäfen Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam und Zeebrügge für Nordrhein-Westfalen von besonderer Bedeutung. Daher will die NRW-Koalition die Infrastrukturen für den grenzüberschreitenden Güterverkehr verbessern und auch die Potenziale der nordrhein-westfälischen Wasserstraßen besser nutzen.

Neben der Schiene ist auch das Netz der Binnenwasserstraßen in Nordrhein-Westfalen ein wichtiger Pfeiler der Hinterlandanbindung an die ZARA-Häfen. Dieses Netz umfasst circa 720 Kilometer, davon rund 240 Kilometer auf dem Rhein. Allein am deutsch-niederländischen Grenzübergang bei Emmerich am Rhein werden pro Jahr circa 150 Millionen Gütertonnen auf Binnenschiffen befördert. Dabei werden, laut Schifferbörse, über das Binnenwasserstraßennetz ein Viertel aller ankommenden und verlassenden Güter in und innerhalb Nordrhein-Westfalens über die Wasserstraße transportiert.

II. Handlungsbedarf

Der Landtag stellt fest:

Europas Grenzregionen sind im Bereich des Schienenverkehrs bereits vernetzt. Allerdings gibt es noch großes Potenzial für weitere Verbesserungen. Zum Beispiel sind die Bahnverbindungen von Rotterdam über Aachen bis Köln sowie die Strecke von Eindhoven nach Düsseldorf, der zweigleisige Ausbau von Kaldenkirchen bis Dülken sowie eine Schnellverbindung Maastricht, Aachen bis Heerlen und die Strecke von Venlo nach Mönchengladbach besonders in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus gilt es, die bestehenden Bemühungen, die Bahnverbindung zwischen Nimwegen und Kleve zu reaktivieren und bis zur Realisierung zumindest an dieser Stelle eine Schnellbuslinie, mit Anschluss in Kranenburg und Kleve einzusetzen, zu unterstützen. Außerdem ist eine Verbindung im Stundentakt zwischen Düsseldorf und Brüssel anzustreben. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die seit 2017 bestehende umsteigefreie IC-Anbindung von Düsseldorf nach Luxemburg in Zukunft häufiger bedient werden kann. Ein vereinheitlichtes E-Ticket würde das grenzüberschreitende

Bahnfahren digitaler und zukunftsfähiger gestalten. Dies wäre eine sinnvolle Lösung im grenzüberschreitenden ÖPNV.

Zusätzlich müssen Konzepte entwickelt werden, um den grenzüberschreitenden Güter- und Logistikverkehr variabler zu gestalten. Ziel muss sein, die Hauptverkehrsadern zu entlasten, ohne zusätzliche Kosten für die Wirtschaftsakteure in Nordrhein-Westfalen, den Niederlanden und Belgien zu verursachen. Dies ist auch ein Beitrag dazu, die Güterverkehre von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

III. Beschlussfassung

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- den Bedarf für die grenzüberschreitende Erreichbarkeit von Arbeitgebern und Einrichtungen wie Hochschulen jenseits der Grenze zu den Niederlanden und Belgien zu ermitteln;
- aufbauend auf der Analyse, ein Mobilitätskonzept mit den beteiligten Akteuren wie Kammern und Transportunternehmen zu erarbeiten;
- den strukturell verankerten grenzüberschreitenden Mobilitätsdialog zwischen NRW und den vier niederländischen Grenzprovinzen weiterzuführen und zu intensivieren, um zur Verbesserung des grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehrs und der Infrastruktur beizutragen. Themenschwerpunkte sollten sein:
 - bessere Abstimmung der nationalen und regionalen Infrastrukturplanungen beispielsweise bei der grenzüberschreitenden Elektrifizierung von Bahnstrecken;
 - Verbesserungspotentiale in der grenzüberschreitenden Infrastruktur;
 - Entwicklung geeigneter Rahmenbedingungen zur Umsetzung eines grenzüberschreitenden Ticketsystems;
 - Prüfung, welche bewährten regionalen Lösungen an der gesamten Grenze etabliert werden könnten (z.B. Carsharing-Konzepte, dynamische Informationstafeln);
 - Ermittlung, welche grenzüberschreitende Busverbindungen und Streckenverläufe verbessert werden können;
- die Zusammenarbeit zwischen den ZARA-Häfen Zeebrügge, Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen und Nordrhein-Westfalen durch Vereinbarungen, die eine noch engere Kooperation und Vernetzung sowie eine bessere Bahnanbindung ermöglichen, zu stärken.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Dr. Marcus Optendrenk
Oliver Krauß
Rainer Deppe
Klaus Vossemer

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Dietmar Brockes
Thomas Nüchel
Bodo Middeldorf

und Fraktion